

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Baumeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Schelbentöpfereien und Glasereien, in Püger- und Stuchbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Spolierer, Fliesenleger, Ofenfeher, Steinhölz- und Zetragsoarbeiter

Ercheinungswochenzeitung. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgebühr). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Abdruckes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Fiedlerstraße 5-6. Fernspr.: 17 03n/50ff 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Kontoführer: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale, Geschäftsansagen nach Straßburg, Werbe-, Berlin SW 11.

An die Mitglieder unseres Bundes!

Unsere Bundesstatuten bestimmen in § 7 Ziffer 3 die Aufgaben des Bundesbeitrages u. a. wie folgt:

- „Der Mitberaterung und Mitbeschlußfassung des Beirates unterliegen:
 - Erhebung von außerordentlichen Beiträgen und Venderungen des Verhältnisses zwischen den ordentlichen Wochenbeiträgen, Löhnen und Unterstufungen.
 - Stoffungsmaßnahmen sonstiger organisatorischer oder finanzieller Art, von deren Durchführung die Leistungsfähigkeit (Aufgabenerfüllung, siehe § 2) oder gar der Bestand des Bundes abhängig ist.“

Zwingen uns nun die wirtschaftlichen Ereignisse, von dieser Satzungsbestimmung Gebrauch zu machen? Wer nicht schon durch eigene Erkenntnis zu einem uneingeschränkten „Ja“ kommt, den bitten wir, folgende Tatsachen zu sehen: Die deutsche Wirtschaft ist von der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft am schwersten betroffen. Die finanziellen Belastungen Deutschlands als Folgen des großen Krieges sind zur Unerträglichkeit gestiegen. Reich, Länder und Gemeinden sind von dieser Not aufs stärkste erfaßt. Für uns fällt besonders ins Gewicht, daß sie neben der daniederliegenden Industrie und nockleidenden Landwirtschaft die Fragegeber für unseren Beruf sind. Sie können keine Aufträge vergeben, weil sie kein Geld haben oder das Baukapital zu teuer ist. Zahlreiche Meldungen an den Bundesvorstand über Einstellung von Bauten beweisen in diesen Tagen eine Verschärfung der Lage. Mögen sich auch gegenüber dem augenblicklichen Tiefstand mit der Herabsetzung der Geldzinsätze wieder die Verhältnisse etwas bessern, so kann doch eine fühlbare Erleichterung in den nächsten Monaten und der Stand von 1928 oder auch nur von 1929 in den kommenden Jahren kaum erhofft werden. Krisenverschärfend wirken auch der unausgesetzte Lohndruck durch das Unternehmertum und die politischen Vorgänge in Deutschland, die unseren Mitgliedern hinlänglich bekannt sind.

Der Stand unserer wirtschaftlichen Organisationen, der Gewerkschaften, ist vom Stand der Wirtschaft abhängig. Die nun schon seit einundehnhalf Jahren anhaltende und sich noch ständig verschärfende schlechte Arbeitsmarktlage im Bauwesen ist in der vierzigjährigen Geschichte unserer Zentralverbände ohne Beispiel.

Die Nachkriegsjahre haben uns Bauarbeiter allseitig in Kampfstellung gesehen: Zuerst galt es, unser Organisationshaus wieder aufzubauen, dann kam das Ringen um die Kaufkraftverhaltung des Lohnes in der Inflationszeit; das normale Leben im Bund war unmöglich geworden, Unterstufungen wurden teilweise eingestellt, es folgte die Abwehr der Unternehmerrückfälle auf Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, der Kampf um die Steigerung der Löhne 1924 und 1925, dann wieder um die Erhaltung des Errungenen im Jahre 1926, im Frühjahr 1927 Kampf um die Wiedereinrichtung eines Reichsstarifvertrages. Dann folgte infolge guter Beschäftigungsmöglichkeiten eine bis 1929 währende Atempause. Sie wurde von uns genützt zum inneren Ausbau des Bundes. Die Erfolge des Bundes waren von selbst unter den Bauarbeitern. Die Mitgliederzahl des Bundes stieg bis über eine halbe Million, die Finanzen des Bundes erhoben sich. Das hielt nicht lange an. Schon der strenge Winter 1928/29 spielte uns einen schlimmen Streich, und dann setzte die Wirtschaftskrise ein, die wie ein Erdbeben über das Baugewerbe dahinsogte. Die Ausgaben für Unterstufungen schwollen immer mehr an; sie betragen:

im Jahre 1927	7 355 293,— RM.
" " 1928	10 045 965,— "
" " 1929	12 978 544,— "
" " 1930	15 576 870,— "
in vier Jahren insgesamt	45 956 672,— RM.

Bereits im Jahre 1930 überschritten die Ausgaben unsere Einnahmen um 6 106 897,35 RM. Im Durchschnitt wurden im Jahre 1930 je Mitglied an Bundeshauptkassenbeitrag geleistet 28,54 RM., die Reinkausgaben des Bundes betragen aber je Mitglied 56,56 RM., also das Doppelte der Beitragsentnahmen. An Erwerbslosenunterstufung wurden je Unterstufungsfall 43,40 RM., für Wanderunterstufung je wanderndes Mitglied sogar 159,59 RM. ausgegeben. In diesem

Verhältnis sind zwar die Ausgaben der übrigen Kostallunterstufungen nicht gestiegen, aber sie sind doch auch — wir verweisen nur auf die Invalidenunterstufung — beträchtlich angewachsen. Im ersten Halbjahre 1931 war bereits wieder eine Mehrausgabe von 5 590 137,83 RM. festzustellen. Selbst im Monat Juli hatte sich das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben fortgesetzt. Diese Mehrausgabe im ersten Halbjahre 1931 entstand trotz Ersparungen von sachlichen und persönlichen Verwaltungskosten (im Bundesbüro und in den Bezirksbüros, bei der Agitation, beim „Grundstein“ usw.) im Betrage von rund 440 000,— RM. Andererseits sind die Zuschußbeiträge für Baugewerkschaften mit Büros beträchtlich gestiegen, auch die Abwehr der Unternehmerangriffe auf unsere Löhne in diesem Frühjahr kostete uns 850 000,— RM. Daneben wurden aber immer noch für Arbeitslosenunterstufung allein 4¼ Mill. RM. ausgegeben.

Unter Unterstufungsweisen war schon immer mit den ordentlichen Einnahmen (sogar in Einklang zu bringen). Ein Beispiel: Bei einem einmaligen Unterstufungsbeitrag betrug bisher der auszahlende Betrag in der untersten Stufe 92 % der höchstmöglichen Jahresbeitragsleistung mit 52 Wochenbeiträgen; in der zweiten Stufe nach Leistung von 260 Vollbeiträgen steigt der Unterstufungsbeitrag bis auf 117 % und in der dritten Stufe bis auf 143 % der höchstmöglichen Jahresbeitragsleistung. Solche Unterstufungsleistungen sind auf die Dauer nur bei normaler Arbeitsmarkt möglich. Wer die sonstigen Leistungen des Bundes in seine Rechnung setzt, der wird zugeben, daß eine Herabsetzung der Unterstufungsätze auch bei besserer Arbeitsmarktlage längst geboten gewesen wäre. Die Unterstufungsätze aller Unterstufungsarten übersteigen aber auch die der anderen baugewerblichen Verbände und auch der meisten übrigen Verbände um ein Beträchtliches. Sie sind beispielsweise gegenüber dem Zimmererverband teilweise um ein Drittel höher.

Wir können nicht einfach die Ausgaben umlegen auf die Mitgliederbeiträge, wie etwa Krankenkassen oder Berufsvereinigungen. Wir müssen uns nach der Decke strecken, also die Ausgaben den Einnahmen anpassen. Der Bundesbeitrag mußte daher in dieser schweren Nozzeit in das bisherige Unterstufungsrecht durch Notmaßnahmen eingreifen. Das war vor allem auch deshalb nötig, um die Kampffähigkeit des Bundes zu sichern. Zu diesem Zweck müssen wir neben der moralischen Kraft auch unsere materielle Kraft erhalten. Der Bund muß in jeder Stunde die nötigen Mittel besitzen, um Umschlüge der Unternehmer erfolgreich abwehren zu können. Das erscheint nun durch die vom Beirat beschlossenen Notmaßnahmen garantiert. Näheres steht darüber im Bericht über die Beiratskonferenz. Daß der Beirat, als die höchste Instanz zwischen den Bundestagen, dazu befugt war, liegt außer jedem Zweifel.

Die Zukunft ist dunkel; das eine aber ist doch sichtbar, daß uns Bauarbeitern das Leben nicht leichter gemacht werden wird. Wir haben den Grundriss der Selbsthilfe immer als Richtschnur unseres Handelns gelten lassen. Das muß auch jetzt so sein. Selbst ist der Mann! Das war für kraft- und selbstbewußte Menschen, die sich in großer Not befanden, schon immer eine Selbstverständlichkeit. Der feste Wille, eine Situation zu meistern, hat zur ersten Voraussetzung, sich zu behaupten. Es geht jetzt nicht um das Leben eines Menschen; Hunderttausende, vereint in ihrer wirtschaftlichen Schutzorganisation, ihrer Gewerkschaft, ringen um Weitergeltung, um Erhaltung sozialer Errungenheiten, für die jahrzehntelang Opfer gebracht wurden, um das Recht, auch in Zukunft mit den Unternehmern als Gleichberechtigte die Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzubestimmen und nicht wieder alles der Willkür der Unternehmer zu überlassen! Wir sind überzeugt, die Beschlüsse des Bundesbeirates sichern unsern Bund weiterhin einen ersten Platz unter den Gewerkschaften im Kampfe um soziale Gerechtigkeit! Es kommt nur noch auf eines an: Die Mitglieder müssen unsere Maßnahmen als unerläßlich begreifen und jede Zertpflückerung unserer Kräfte bekämpfen in der sicheren Erkenntnis, daß niemals mehr als jetzt Einigkeit das Gebot der Stunde ist!

Für den Bundesvorstand und Bundesbeirat: N. Bernhardt.

Konferenz des Bundesbeirates mit dem Bundesvorstand.

Am 3. August tagte unser Bundesvorstand mit unserem Bundesbeirat im Berliner Gewerkschaftshaus. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Bundesvorsitzenden widmete dieser zunächst unsern verstorbenen Heinrich Räßler einen warm empfundenen Nachruf, in dem er die Verdienste des Verstorbenen um die Aufklärung und Zusammenfassung der Bauarbeiter zu starken Organisationen hervorhob. Die Konferenz erörtere das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Dann berichtete der Vorsitzende über die Lage des Bundes, wobei er auch die politischen und wirtschaftlichen Ergebnisse und Wirkungen der letzten Zeit in den Kreis seiner Betrachtungen zog. Die Wirtschaftskrise mußte geradezu unheimlich und wütekend vor allem auf das Baugewerbe. Die im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichte Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes ist am 3. August

in Kraft getreten, auch sie wird sich, wie so manche Verordnung in letzter Zeit, vor allem gegen die Bauarbeiter auswirken. In der Praxis wird mit dem Wank der Verordnungen häufig Schindluder getrieben, das wird hier ebenfalls der Fall sein. Zur allgemeinen Politik zurückkehrend bemerkte der Redner, daß sich nunmehr die von unseren sogenannten Wirtschaftsführern und die in der Politik gemachten Fehler bitter rächen. Das außenpolitische Mißtrauen ist angebracht worden durch innerpolitische Zerissenheit und Unruhe, durch kurzfristige politische Handlungen und Hanswurstdaßen, von denen eine der preußische Volkstagswahl ist, nicht zuletzt auch durch Bankzusammenbrüche und Bankrotts großer Wirtschaftsunternehmungen. Die neuesten Maßnahmen der Reichsregierung, vor allem auch die Diskontenerhöhung der Reichsbank, werden in verdorfter Linie das Baugewerbe treffen. Unsere Arbeitslosen-

zahlungen in diesem Jahre haben noch nie unter 55% Arbeitslose ergeben. Das ist der Durchschnitt. In manchen unserer Bezirke steht heute die Arbeitslosigkeit auf über 70%. Unter der ungeheuren Krise hat auch unser Mitgliederstand gelitten. Hatten wir Ende 1929 noch 480 885 Mitglieder, so waren es Ende 1930 nur noch 462 428 und heute ist unser Mitgliederstand auf rund 440 000 gesunken. Dieser Rückgang, vor allem erzeugt durch die andauernde Krise, ist verständlich, und es ist erfreulich, daß sich unser Mitgliederstand noch in dieser Weise erhalten und nur um einige Prozent gesenkt hat.

Hier unterbrach Kollege Bernhardt seinen Vortrag, um zunächst dem Genossen Alför, Direktor der Sildesheimer Boden- und Kreditbank AG, das Wort zu erteilen über den Stand unserer Geldwirtschaft und die voraussichtlichen Auswirkungen der starken Krisenercheinungen. Genosse Alför schilderte in leicht verständlicher Weise diesen Zustand; der Ausgang der Bankenkrise war der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditbank. Man hat diese

des Tarifamts Zwickau vom 19. Juni 1931, betreffend Zahlung des Bauhilfsarbeiterlohnes bei Ausschachtungsarbeiten.

Entscheidung des HZA vom 1. August 1931: (Schiedspruch nach § 98 ArbGG.) Auf die Berufung wird die Entscheidung des Tarifamts Zwickau vom 19. Juni 1931 aufgehoben.

Gründe: Das Tarifamt hat seine Gründe zu Unrecht auf den Einzelfall abgestellt.

Streitfache der drei Arbeitgeberverbände betreffend Berufung gegen den Schiedspruch des Tarifamts für Pommern vom 13. Juli 1931 betreffend Zahlung von Fahrgehalt.

Entscheidung des HZA vom 1. August 1931: Der Antrag wurde nach Verhandlung zurückgezogen.

Streitfache des Deutschen Baugewerksbundes betreffend Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts Groß-Berlin vom 30. Juni 1931 betreffend Zahlung des Bauhilfsarbeiterlohnes bei Fundamentierungsarbeiten am Bau eines Hochhauses.

Entscheidung des HZA vom 1. August 1931: (Schiedspruch nach § 98 ArbGG.) Auf die Berufung des Deutschen Baugewerksbundes wird die Entscheidung des Tarifamts Groß-Berlin vom 30. Juni 1931 aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Bezirksarbitrium zurückgewiesen.

Gründe: Den Antrag des Deutschen Baugewerksbundes vom 16. Juni 1931: „Das Tarifamt möge entscheiden, daß auch die Fundamente für Hochhäuser auf normalem Baugrund als normale Fundamente im Sinne des Tarifvertrages zu gelten haben und mit dem Hochbaulohn zu bezahlen sind“ hat das Tarifamt in seinem Spruch lediglich zurückgewiesen.

Streitfache betreffend den Abschluß eines Anhangs zum HZA über Altpfahl- und Leerarbeiten im Straßenbau für das Vertragsgebiet Thüringen.

Entscheidung des HZA vom 1. August 1931: Die Bezirksparteien haben sich auf Grund der heutigen Aussprüche verpflichtet, unersetzlich, sobald der Bezirksarbiterspruch in Kraft tritt, nochmals paritätisch über den Abschluß des Altpfahl- u. Anhangs zu verhandeln.

Streitfache betreffend den Abschluß eines Anhangs zum HZA über Altpfahl- und Leerarbeiten im Straßenbau für das Vertragsgebiet Thüringen.

Streitfache betreffend den Abschluß eines Anhangs zum HZA über Altpfahl- und Leerarbeiten im Straßenbau für das Vertragsgebiet Thüringen.

Die Reichsregierung rettet die Banken!

Das Reich war gezwungen, die Banken zu retten, da ohne die Banken, die den Zahlungs- und Kreditverkehr abwickeln, die Wirtschaft nicht funktionieren kann.

aufgehoben, Aufsichtsrat und Leitung der Akzeptbank wird jedoch von den privaten Bankleuten beherrscht.

Und nun die Rettung von Großbanken, die dem Ansturm der Einleger besonders stark ausgesetzt waren.

Wenn es nach den Wünschen des Bank- und Industrie-Kapitals geht, die von der Regierung jetzt gerettet wurden, so müßte es heißen: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen, und sie würden mit den Mitteln der Gesamtheit und auf deren Kosten weiter nach Willkür schalten und walten.

Vorschläge der Gewerkschaften zur Überwindung der gegenwärtigen Krise.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat unter Befestigung des HZA-Bundes in seiner Sitzung am 29. Juli folgende Entschließung zur Lage gefaßt:

Die erste Lage der deutschen Wirtschaft erfordert entschlossenes und schnelles Handeln.

Um die notwendige Räumung der Warenlager herbeizuführen und die Währung zu sichern, sowie den erforderlichen Druck auf die Abgabe von Devisen- und Notenvorräten auszuüben, darf vor der vorübergehenden Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank nicht zurückgeschreckt werden.

Die Regelung der Rückzahlungen kurzfristiger Auslandsverpflichtungen darf nur durch Vermittlung der Reichsbank erfolgen.

Der inländische Geld- und Kapitalmarkt bedarf der öffentlichen Kontrolle und Lenkung.

Die ins Ausland und in ausländische Werke geflohenen Kapitalien sind der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen.

Alle ausländischen Effekten in deutschem Eigentum sind der Reichsbank zum Kauf anzubieten.

Die Anmeldepflicht für Devisen ist auf sämtliche Auslandsforderungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe und den Fälligkeitstermin auszubehnden.

Die Vermittlung von Ausnahmen bei der Devisenablieferung auf Grund der ergangenen Notverordnungen darf nur von der Reichsbank unmittelbar erteilt werden.

Über die zur Überwindung der augenblicklichen Stockung zu treffenden Maßnahmen hinaus sind zur Rückkehr des Vertrauens im In- und Auslande die Reform des Aktienrechts und die Ausdehnung der Kartell- und Monopolkontrolle entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften notwendig.

Ebenso dringlich sind die Sicherheitsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen und für die Sicherung des realen Einkommens der Arbeiterschaft.

Einstellung von Bauarbeiten.

Es war vorauszuversagen, daß die Gehmriten in Deutschland und die Verordnungen der Reichsregierung den Häuserbau noch mehr zum Erliegen bringen würden.

Krise und Bauwirtschaft.

In die Reichsregierung zu Händen des Reichskanzlers Dr. Brüning hat der Verband sozialer Bauarbeiter unter dem 3. August folgendes Schreiben gerichtet:

Mafnahmen, die derartige Wirkungen haben, sind zur Sanierung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen nicht geeignet.

Von diesen Gesichtspunkten aus bitten wir die Reichsregierung um Mafnahmen zur Wiederinanspruchnahme der Bauwirtschaft durch Bereitstellung des Aufkommens aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau und Deckung des Finanzbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden einschließlich des normalen Bedarfs für die öffentliche Bauwirtschaft — soweit dazu aus der Erhebung der Wirtschaft sich ergebende größere Steuereinkommen in Verbindung mit der Verminderung der öffentlichen Steuerlasten nicht ausreicht — durch andere geeignete Steuern.

Dringend gebeten erscheint uns ferner die allgemeine gesetzliche Verklärung der Arbeitslosen mit dem Ziele, auch dadurch einen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzulernen und die öffentlichen Lasten für Unterhaltungsarbeiten zu senken.

Wir bitten um schleunigen Erlass der nötigen Befehle. Den einzelnen Reichs- und Länderministerien lassen wir Abschrift dieses Schreibens mit der Bitte um Unterstützung unserer Anregung zugehen.

Phantasten um die Hauszinssteuer.

Die Hausbesitzer trafen kürzlich in Würzburg zusammen, um über einen Plan des Abgeordneten Hummer zu beraten, der ihnen den Vorwand gibt, sich als „Reiter des Vaterlands“ aufzuspielen.

Man will eben nichts anderes, als die von den Rotverordnungen noch übrig gelassenen zwei Drittel der Hauszinssteuer ganz zu beseitigen. Da der so entstehende Ausfall von 1100 bis 1200 Millionen finanziell aber untragbar ist, soll zugunsten des Reiches eine Rentenlast auf den städtischen Hausbesitz in Höhe von 300 Millionen eingetragenen werden.

Zu der Summe von 300 Millionen gelangt der Plan, indem von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß der Fortfall des Restes der Hauszinssteuer zu einer Erhöhung der Einkommen aus Hausbesitz und somit zu höheren Steuerentnahmen führe.

Die Rechnung hat zwei wunderbare Stellen. Erstens einmal ist durchaus ungewiß, ob die Mehreinkommen des Hausbesitzes erlauben würden, seine Personal- und Objektsteuern um den genannten Betrag zu erhöhen.

Geschaft. Das Reich soll auf 1200 Millionen Verzicht leisten, um 300 Millionen fester zu haben und von weiteren 900 Millionen einen gewissen Bruchteil zu bekommen.

In dem Rechnungsvorschlag ist wohlweislich außer Betracht gelassen, wie hoch denn nun die Mietkassen sein soll. Da der Mietertrag des Altbaubestandes gegenwärtig auf 6 Milliarden geschätzt wird, müßte eine Mietkassenung um nur 10% bereits 600 Millionen erfordern.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß mit der Enttragung einer Rentenlast zugunsten des Reiches die Ausfüllung von Rentenbriefen verbunden sein soll. Diese Annahme hat um so mehr für sich, als der Plan in seiner ganzen Aufmachung bedenklich an jenes Projekt erinnert, das der Hausbesitz (von vor einem Jahr lanciert hat) und in dem immer wieder auf die „Mobilisierung der Hauszinssteuer“ hingewiesen wurde.

In Leistungen, die dem Hausbesitz nahesteht, wurde dieser Lage Ernennung gebührend, weil der Reichshaushalt sich geneigt haben soll, auf die Pflichten der Hausbesitzer einzugehen. Wenn dies tatsächlich der Fall ist, könnte man den Finanzminister nur beglückwünschen.

Industrie- und Handelskammern arbeiterfeindliche Einrichtungen!

Die Deutschen Handelskammern sind öffentliche, aus Staatsmitteln erhaltene Einrichtungen. Nach und nach scheinen sie sich zu Sprachrohren der Scharmacher zu entwickeln. Von Zuhörungen her sind wir in dieser Richtung schon manches gewohnt worden.

Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Fähigkeit, drohende Arbeitskräfte wieder aufzunehmen, muß durch die Senkung und die Wirtschaftskraft in Deutschland in einen völlig unbeherrschten Zustand geraten. Kohlen, deren Erzeugung im Inlande 3 bis 4 Mrd. Tonnen feuer ist als im Auslande, Eisen, das in Deutschland herzustellen 3 Mrd. Tonnen mehr kostet als im konkurrierenden Auslande, können ohne Selbstkostenenkung einfach keinen ausreichenden Absatz finden.

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!

Weltmarktpreisen und können nicht durch politische Gewalt davon gelöst werden.

Diese „fulminanten“ Zeiten kommen ebenso in jeder Scharmacherzeitung sehen, ja, es sieht so aus, als ob die Scharmacher in Rheinland-Wessfalen diese Zeiten diätetisch hätten. Aber man beachte: Jene Leute, die diese Forderungen aufstellen, haben als Wirtschaftsführer in allergrößtem Maße bankrott gemacht.

Unter den vielen Rotverordnungen, die in den letzten drei Wochen auf das deutsche Volk niedergeschlagen sind, zeichnet sich eine durch besonders gefährliche Auswirkungen gegenüber der Bauarbeiterschaft aus. Es ist das die Verordnung über die Sparkassen, die ein Verbot von Kommunkrediten ausspricht.

Die Drofflung der Sparkassen.

So kurz der Wortlaut an sich auch ist, so schwerwiegend und bedeutend ist die Auswirkung. Wir müssen uns klarmachen, daß heute die Einlagen der Sparkassen vielfach zu billigen Anleihen herangezogen werden, mit denen in sehr vielen Städten und Gemeinden der Wohnungsbau gefördert worden ist.

So kurz der Wortlaut an sich auch ist, so schwerwiegend und bedeutend ist die Auswirkung. Wir müssen uns klarmachen, daß heute die Einlagen der Sparkassen vielfach zu billigen Anleihen herangezogen werden, mit denen in sehr vielen Städten und Gemeinden der Wohnungsbau gefördert worden ist.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 20. Juli 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Table with columns: Bezirksverband, Besondere Bemerkungen, Arbeitslos am Feststellungstage, and various sub-categories of unemployment (e.g., Baustellen, Baudelegierte, etc.). Includes a summary row at the bottom.

ein Betrieb dieses Gewerbes nicht befreit werden. Das Arbeitsgericht war anderer Meinung. Es wäre aber auch noch verträglich, wenn es anders entschieden hätte.

Zahnärztliche der Bauarbeiter in Leinigrad. Die starke Fluktuation unter den Bauarbeitern auf den Leinigrader Neubauten und die geringe Arbeitsproduktivität sind — so schreibt der „Kred“ am 18. Juli — Folgen der mangelhaften Differenzierung der Löhne. Sehr häufig werden qualifizierte Arbeitergruppen schlechter bezahlt als solche geringerer Arbeitsqualifikation. So verdient ein Zimmerer in der „Stoßtrup-Brigade“ je Tag 5,50 Kbl., ein gewöhnlicher Arbeiter 5,80 Kbl., ein Erdarbeiter verdient 4 Kbl. in der Stoßtrup-Brigade, ein gewöhnlicher Erdarbeiter 4,60 Kbl. Dieser Umstand führt dazu, daß die gelerntsten Arbeiter von einem Bau zum andern wandern. Die Vereinbarung, die unlängst zwischen den Bauarbeitern und den Bauorganisationen über Einführung eines progressiven Stücklohnes mit Prämienzahlungen getroffen wurde, dürfte die Verhältnisse bessern. Allerdings ist Prämienzahlung auch nichts anderes als ein verschleiertes Akkordsystem. Und da in Zukunft die Lebensbedingungen feiner sind, kann man auch keineswegs die Löhne als hoch tagieren.

Jeder Bauer soll 15 Kinder haben. Geradezu hinterweltliche Ansichten über das Bevölkerungsproblem vertrat Kononikus Steinwender kürzlich im Rheinischen Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege. Er sagte da nach der „Eisenader Volkszeitung“ Nr. 104: „Der Bauer ist der letzte Lebensträger, der auf Grund tiefer Religiosität und Naturverbundenheit Träger gesunder Kultur und gesunden Volkstums ist. Er bildet den Grundstock der christlichen Familie. Um so bedauerlicher ist es, daß auch in den blühendsten Familien die Geburtenbeschränkung um 10

Die Beiträge sind das Fundament unseres Bundes!

Für die Woche vom 9. bis 15. August ist der 33. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

greift. In meiner Heimat ist es Gott sei Dank noch keine Selteneheit, daß ein armer Bergbauer, der schwer um sein täglich Brot arbeiten muß, 15 bis 18 Kinder hat. Gott in seiner Güte läßt schon keine zugrunde gehen. Nur muß man ihm vertrauen und nicht wegschicken, was zurück-schrecken, Gottes Gebot zu erfüllen und eine zahlreihe Familie zu gründen, die hart um ihr Brot kämpfen muß, deren Selber in diesem Kampf aber Gott ist. Wir bekämpfen die moderne und hegemane Auffassung, als habe der Mensch ein Recht, sich durch Beschränkung seiner Kinderzahl ein angenehmes Leben zu schaffen.“ — Kononikus Steinwender sollte sich schämen! Von seinem priesterlichen Gelübnis der Keuschheit entbinden lassen und dann mit gutem Beispiel vorangehen!

Fortschreibungskursus in Frankfurt a. M. Das Soziale Museum (E. W.) veranstaltet im Herbst D der Frankfurter Universität vom 21. September bis 3. Oktober einen Fortbildungskursus für gemeinnützige Rechtsberater und Rechts-helfer. Der Kursus ist in erster Linie für Persönlichkeiten bestimmt, die in Arbeitervereinigungen, Volksbüros, gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen, Frauenrechtsvereinigungen, Arbeitsgerichten, Betriebsräten, Wohlfahrts-, Jugend- und Vormundschaftsämtern und ähnlichen gemeinnützigen Einrichtungen als Rechtsberater, Rechtsbeistand, Richter oder Schlichter berufen oder ehrenamtlich tätig sind. Die Vorlesungen (mit Aussprache und Übungen) beginnen am Montag, dem 21. September, um 8 Uhr am Samstag dem 3. Oktober. Sie verteilen sich auf die Stunden von 8-11½ und 14½-18 (18 Uhr) und die Abteilungen von insgesamt 36 akademischen Doppelstunden. In der Abteilung A wird vom 21.-26. September im bürgerlichen Recht und Zivil-prozess, in der Abteilung B vom 28. September bis 3. Oktober im Arbeitsrecht und Sozialversicherung unterrichtet. Die Unterrichtsgebühr beträgt für den ganzen Kursus 25 M., für die einzelne Abteilung 15 M. Anmeldung ist einzureichen bis spätestens 15. September beim Sozialen Museum (E. W.) in Frankfurt am Main 17, Universitätsplatz. (Fernsprecher Maingau 770 82.)

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Gestohlene Bücher. Dem Kollegen Bruno Hager, eingetreten am 4. Juli 1930 in Oetz, ist das Verbandsbuch auf der Arbeiter-Hymnplatte zu Wien gestohlen worden. Das Buch ist anzufordern und dem Bundesvorstand zuzuführen. Gestohlen wurde ferner das Mitgliedsbuch Nr. 261 285 und Reisekarte Nr. 3601 dem Kollegen Bruno Schaback (geb. 4. Februar 1912 in Markranstädt, eingetreten 25. Februar 1927 in Leipzig) angeblich von einem Otto Schumann, der dem Kollegen Georg Wöll die Papiere und das Mitgliedsbuch Anfang März 1931 in Hamburg gestohlen hat (siehe „Grundstein“ Nr. 10, 1931). Wir er-suchen, dem Dieb das Mitgliedsbuch und die Reisekarte abzunehmen und ihn selbst der Polizei zu übergeben.

Advertisement for 'Tragt unsere Bundesnadel' (Wear our Federal Pin) featuring a pin illustration and text about quality and availability.

Advertisement for 'Zur Gesichts-Bräunung' (For facial tanning) by Bauschule Detmold 6, including a list of products and contact information.

Advertisement for 'Louis Mosberg' (Louis Mosberg) featuring a horse illustration and text about quality and availability of various goods.

Advertisement for 'Josef Witt, Weiden 54, Oberpf.' (Josef Witt, Weiden 54, Upper Palatinate) listing various goods and prices.

Obituary notice for 'Gedenktafel verstorbener Mitglieder' (Memorial for deceased members) listing names and dates of death.

Baugewerkschaft Borna. Die zum 30. August angesetzte Jahreshauptversammlung fällt aus.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter

Central-Sickness and Death Benefit Fund for construction and other workers. Details regarding membership and benefits.

Bücher u. Schriften (Books and Publications)

List of books and publications available for purchase, including titles and authors.

Announcements and notices from various organizations, including the Bauarbeiterverband and other unions.

Large advertisement for 'Josef Witt, Weiden 54, Oberpf.' featuring a building illustration and a detailed list of goods and prices.